

Analyse

Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass in Russland

Elfie Siegl, Berlin/Moskau

Zusammenfassung

In Russland nehmen Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass weiter zu. Lange Zeit wurde das von offizieller Seite heruntergespielt. Doch seit einigen Monaten weisen Spitzenpolitiker öffentlich auf diese Probleme hin, wenngleich nur in sehr allgemeiner und unverbindlicher Form. Indes ist das Thema von erheblicher Bedeutung. Das Moskauer Büro für Menschenrechte legte Mitte August eine Analyse für das erste Halbjahr 2005 vor. Die Studie zeigt neue Tendenzen bei Aktivitäten von Rechtsextremisten in Russland auf, darunter etwa die Organisation von Terrorakten. Beunruhigend ist auch die Tendenz offiziöser Strukturen, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus am Mittel zur Diskreditierung politischer Gegner zu benutzen.

Im Juni haben über achtzig russische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in einem offenen Brief an die Regierung der Russischen Föderation auf Menschenrechtsverletzungen in Russland aufmerksam gemacht, darunter auch auf Diskriminierung aus ethnischen Gründen und rassistisch motivierte Gewalt. Der Brief beklagt, dass ein Instrumentarium zur Bekämpfung von Rassenhass und Diskriminierung fehle, dass die staatlichen Stellen den Problemen gleichgültig gegenüber stünden und oft ihrerseits Bürger bestimmter ethnischer Gruppen diskriminierten.

Das Problem

In Russland nehmen Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass weiter zu. In diesem Jahr wurden bisher elf Menschen aus nationalen Hassgefühlen heraus getötet, 200 Personen wurden verletzt. Die Dunkelziffern dürften höher liegen. Die Täter kommen meistens aus Kreisen neonazistischer Skinheads, die Opfer sind vor allem Afrikaner, Asiaten, Kaukasier und Angehörige nationaler Minderheiten in Russland. Fehlendes Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien, eine anwachsende Korruption, unpopuläre Reformen, soziale Unzufriedenheit, eine stark gestiegene Migration, aber auch der Statusverlust Russlands als Großmacht und Bestrebungen des Kreml, diesen Status wiederzuerlangen, sind Gründe für fremdenfeindliche Stimmungen im Land. Soziologische Umfragen des Lewada-Zentrums in Moskau ergaben im Juli dieses Jahres, dass 58 Prozent der russischen Bevölkerung das nationalistische Motto „Russland den Russen“ unterstützen. Viele von ihnen sind junge Leute.

Sollten die Machthaber diese Erscheinungen weiterhin nur mit Lippenbekenntnissen bekämpfen, so könnten Experten zufolge Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu einer der Hauptgefahren für die staatliche Einheit der multinationalen Russischen Föderation werden.

Wachsendes Problembewusstsein in der Politik?

Erscheinungen wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in der russischen Gesellschaft werden von offizieller Seite gerne herunter-

gespielt und stillschweigend geduldet. So konterte im vergangenen Februar der Presseagentur Ria-Nowosti zufolge der Moskauer Polizeichef Wladimir Pronin Berichte über Aktivitäten organisierter Skinheads in der Stadt mit den Worten, es gebe keine Skinheads in Moskau, sondern nur Pöbel, der Personen verschiedenartiger Nationalitäten angreife. Doch seit einigen Monaten weisen Spitzenpolitiker in Russland öffentlich auf Probleme wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in ihrer Heimat hin, wenngleich auch nur in sehr allgemeiner und unverbindlicher Form. Den Worten sind bisher kaum Taten gefolgt. Der russische Präsident Putin etwa gestand am 27. Januar während der Feiern zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz ein, sogar in Russland, das am allermeisten für den Sieg über den Faschismus und für die Befreiung der Juden getan habe, sehe man heute oft Erscheinungen dieser Krankheit. Das sei beschämend. Bei seinem Besuch in Israel Ende April versicherte Putin dem israelischen Staatsoberhaupt Mosche Katzav, für Russland seien jeglicher Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zerstörerisch, weil Russland ein Vielvölkerstaat sei. „Im 21. Jahrhundert sollte es keinen Raum geben für Xenophobie und Chauvinismus und religiöse Intoleranz.“ Am 27. September versprach Putin während seiner drei Stunden dauernden, live ausgestrahlten TV-Fragestunde mit Bürgern seines Landes in vager Form, alles dafür zu tun, damit Skinheads und andere „faschisierende Elemente“ von der politischen Landkarte Russlands verschwänden.

Im Juni forderte der Präsident der überwiegend islamisch orientierten Republik Tatarstan, Schamijew, angesichts einer zunehmenden Xenophobie, des

Extremismus und Terrorismus die dringliche Erziehung vor allem junger Menschen zur Toleranz. Ganz allmählich verändert sich auch die Einstellung der Rechtsschutzorgane zu diesen Problemen: Wurden früher tätliche Übergriffe von Neonazis als Rowdytum, nicht aber als rassistische Verbrechen behandelt, so wendet man seit einigen Monaten bei der Bestrafung für derartige Verbrechen den Artikel 282 des russischen Strafgesetzbuches (Entfachen nationalen Hasses) an. Im ersten Halbjahr 2005 hat man aufgrund dieses Artikels 21 Personen zu Haftstrafen von 4 bis 19 Jahren verurteilt.

Terrorakte und Diffamierung

Das Moskauer Büro für Menschenrechte legte Mitte August im Rahmen seines, von der EU unterstützten Projekts „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, ethnische Diskriminierung und Antisemitismus in Russland“ eine Analyse dieser Probleme seines Experten Semjon Tscharnyj für das erste Halbjahr 2005 vor. Die Studie zeigt neue Tendenzen bei Aktivitäten von Rechtsextremisten in Russland auf, etwa die Organisation von Terrorakten seitens radikaler Nationalisten. Als ein wichtiges Beispiel dafür nennt Tscharnyj das Attentatsversuch im vergangenen Frühjahr auf den Chef der Vereinigten Energiesysteme Russlands (RAO EES), Anatolij Tschubajts, der als einstiger „Privatisierungsminister“ bei vielen verhasst ist. Tschubajts Autokolonne entging dabei um Haaresbreite einer Bombenexplosion. Als Haupttatverdächtiger wurde der Armeeoberst Kwatschkow verhaftet, der in seiner Datscha bei Moskau eine Art nationalistisch-terroristischen Klub organisiert haben soll, wo anscheinend Repressionsmaßnahmen, bis hin zum Mord, gegen so genannte „Feinde Russlands“ diskutiert wurden. Ihm und zwei seiner Komplizen droht eine lebenslange Haftstrafe wegen Mordanschlag, illegalen Waffenbesitzes und illegaler Herstellung von Sprengsätzen. Kwatschkow steht nicht allein: in diesem Jahr sind in Russland verstärkt paramilitärische Gruppierungen gegründet worden, nicht selten von ausgemusterten Offizieren der Armee, deren Mitglieder illegal Waffen tragen und sich mit einer steigenden Vernetzung für den Fall einer innenpolitischen Krise, etwa Massenunruhen, wappnen.

Beunruhigend ist die Tendenz offiziöser Strukturen, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zur Diskreditierung politischer Gegner auszunutzen. So werden nach Auffassung Tscharnyjs zunehmend Oppositionelle mit Faschisten gleichgesetzt. Der Begriff „Faschist“ ist wegen der Gräueltaten der Nazis im Zweiten Weltkrieg in den Augen der meisten Menschen in Russland äußerst negativ belegt

und steht für antirussische Gesinnung. Tscharnyj erwähnt in diesem Zusammenhang auch die im vergangenen Frühjahr vom Kreml initiierte und gesponserte Jugendbewegung „Naschi“ (Unsere). Kritiker bezeichnen die Bewegung ironisch als Putin-Jugend. Die Bewegung, so schätzt man, soll inzwischen über 100 000 Mitglieder haben. 3000 ihrer Aktivisten, im Anklang an Bürgerkriegszeiten „Kommissare“ genannt, trainierten dieses Jahr einem Sommer-Camp im Gebiet Twer zwei Wochen lang mit paramilitärischen Übungen das Überleben unter Extrembedingungen. Hohe Kremlbeamte hielten dort Vorlesungen. Der Vize-Leiter und Chefideologe der Putin-Administration, Wladislaw Surkow, etwa forderte die Aktivisten auf, die russische Jugend vor dem Einfluss des Westens zu schützen. Der führende Polittechnologe des Kreml, Gleb Pawlowskij, sagte: „Euch fehlt es an Härte. Ihr solltet bereit sein, faschistische Demonstrationen auseinander zu jagen und euch Versuchen eines verfassungswidrigen Umsturzes physisch zu widersetzen.“ Die Funktionäre der Bewegung betrachten sich als Anti-Faschisten. Sie gaben im Mai die Broschüre „Der ungewöhnliche Faschismus“ heraus, deren Hauptinhalt darin besteht, in Opposition zum Kreml stehende politische Kräfte des Faschismus zu beschuldigen. Liberale und demokratische Politiker wie etwa Irina Chakamada, Wladimir Ryschkow und Garry Kasparow wurden in eine Reihe gestellt mit dem antisemitischen General und Duma-Abgeordneten Albert Makaschow und den Führern der nationalistischen Partei „Rodina“, die an den Wahlen zur Moskauer Stadtduma im kommenden Dezember unter der fremdenfeindlichen Losung „Moskau den Moskauern“ teilnehmen will.

In diese Tendenz fügen sich auch staatliche Repressionen gegen die Bewegung der Nationalbolschewisten (*Nazbol*) des Schriftstellers Eduard Limonow. Die Nazbol, deren Anhänger überwiegend aus jungen Leuten besteht, haben sich von einer grobschlächtigen rechten Rowdytruppe in eine Gruppe gewandelt, die vom Kreml inzwischen das einfordert, so die Journalistin Anna Politkowskaja, was früher die demokratischen Parteien Jabloko und SPS gefordert haben: die Einhaltung demokratischer Spielregeln. Anhänger der Bewegung organisierten etwa im Frühjahr Massendemonstrationen gegen den Abbau sozialer Vergünstigungen für Rentner. Am 14. Dezember vergangenen Jahres betreten vierzig junge *Nazboly* ohne vorherige Anmeldung im Zentrum Moskaus Räume der Bürgersprechstunde der Kreml-Administration, verbarrikadierten die Tür eines der Büros und beklebten die Fenster mit Flugblättern, auf denen Putin zum Rücktritt aufgefordert wurde. Nach 45 Minuten erschien die Polizei und nahm die jungen Leute fest. Ein halbes Jahr später forderte ein Gericht

im Moskauer Gebiet ein – inzwischen abgelehntes – Verbot der 1993 offiziell registrierten Bewegung. Im Juli begann das Gerichtsverfahren gegen 39 des Vandalismus und Rowdytums angeklagten *Nazboly*. Ihnen drohen Strafen bis zu 20 Jahren Freiheitsentzug. Russische Menschenrechtler sehen das Verfahren als einen politischen Schauprozess, mit dem jegliche Opposition zum Kreml abgeschreckt werden soll.

Neonazi-Attacken auf Menschenrechtler

Im Juni haben über achtzig russische Nichtregierungsorganisationen (NGOs), darunter MEMORIAL, die Moskauer Helsinki-Gruppe, das Komitee der Soldatenmütter, die Stiftung zur Verteidigung von Glasnost, in einem offenen Brief an die Regierung der Russischen Föderation und die Institutionen der Europäischen Union auf Menschenrechtsverletzungen in Russland aufmerksam gemacht, darunter auch auf Diskriminierung aus ethnischen Gründen und rassistisch motivierte Gewalt. Es gebe kein Instrumentarium zur Bekämpfung von Rassenhass und Diskriminierung, die staatlichen Stellen aller Ebene stünden diesen Problemen gleichgültig gegenüber und diskriminierten oft ihrerseits Bürger mit bestimmten ethnischen Merkmalen, etwa Tschetschenen. Gleichsam als Antwort auf diesen Brief wiederholte Präsident Putin wenig später bei einem Treffen mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen seine Unterstellung, die NGOs, vom russischen Staat nicht unterstützt und deshalb oft auf westliche Spenden angewiesen, setzten diese Finanzmittel ein, um gegen den russischen Staat zu arbeiten. Die daraus folgende Drohung, NGOs zu bekämpfen, hängt wie ein Damoklesschwert über den NGOs, deren Arbeit ohnehin zusehends schwieriger wird. Nicht nur derartige öffentliche Diskriminierungen von NGOs, auch die Verstärkung der rechten Kräfte, Großmachtallüren und staatlich eingeforderter Patriotismus bilden den Nährboden, auf dem gegen Vertreter von NGOs gerichtete rechtsextremistische und auf Fremdenhass begründete Angriffe wachsen.

Als Beispiel seien hier mehrere gewaltsame Übergriffe auf MEMORIAL in Sankt Petersburg erwähnt: im August 2003 überfielen zwei Männer das Büro der Organisation und fesselten die anwesenden

Mitarbeiter, darunter den Geschäftsführer Wladimir Schnitke. Einer der Täter wird gefasst, er gibt sich als Führer einer heidnisch-nazistischen Sekte aus. Im Juni 2004 wurde der Wissenschaftler des Petersburger Museums für Ethnografie und Anthropologie und langjähriges Mitglied von MEMORIAL, Nikolaj Girenko, durch seine Wohnungstür hindurch erschossen. Girenko hatte eine Methode entwickelt, mit der ethnisch motivierte Gewalttaten von „gewöhnlichen“ Delikten unterschieden werden können.

Im Dezember desselben Jahres wurde Schnitke von hinten auf den Kopf geschlagen und mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert. Aus seiner Tasche wurden PC und Notizbuch gestohlen. Im Februar 2005 überfielen drei Unbekannte erneut das MEMORIAL-Büro, schlugen einen Mitarbeiter krankenhausesreif und entwendeten zwei Ordner, einen davon mit der Aufschrift „Neonazismus“. MEMORIAL Petersburg führt seit Jahren Projekte zu Antirassismus und Neonazismus in Russland durch.

Personen, die bereit sind, bei Gerichtsverfahren gegen Neonazis auszusagen, riskieren ihr Leben wie etwa der Direktor des Instituts „Einheitliches Europa“, Dmitrij Krachjuchin aus der Stadt Orjel oder die Menschenrechtlerin Ljudmilla Zhorowlja aus Workuta, die mit ihrem Sohn erschossen wurde. In beiden Fällen lehnten Rechtsschutzorgane ab, Personenschutz zu gewähren. Unter Präsident Putin erfolge offensichtlich eine Belebung faschistischer Werte und Idee, nicht weil der ein Rassist sei, sondern weil er ein absoluter Populist sei, sagt der Vorsitzende der Petersburger „Bürgerkontrolle“, Boris Pustinzew. Für Jelzin seien rechte wie linke Extremisten politische Gegner gewesen, jeder Staatsbeamte, der sich öffentlich rassistische Äußerungen geleistet habe, sei fristlos entlassen worden. Das hätten alle gewusst und das hätte einen gewissen eindämmenden Einfluss auf rassistische Ressentiments gehabt, die es in Russland immer gegeben habe. „Heute ist diese Zurückhaltung verschwunden. Unsere Machthaber bauen auf die Unterstützung jeder beliebigen Gruppe. Das hat zu einer starken Zunahme des Fremdenhasses in Russland geführt, wie auch des Rassismus und der Gewalttätigkeit.“

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Elfie Siegl, lange Jahre Korrespondentin für Hörfunk und Zeitungen in Moskau, lebt heute als freie Journalistin in Berlin und Moskau.

Lesetipps

Butkevich, Nicolai: The New Face of State-sponsored Anti-Semitism in Russia, in: East European Jewish affairs, 32.2002, Nr. 1, S. 138–148.

Andreas Umland: Russischer Rechtsextremismus im Lichte der jüngeren theoretischen und empirischen Faschismusforschung, in: Osteuropa 2002, Nr. 7, S.901–913

Andreas Umland: Concepts of Fascism in Contemporary Russia and the West, in: Political Studies Review, 3.2005, Nr. 1, S.34–49

Tarasov, Aleksandr: Die Skinhead-Bewegung in Russland. Hintergründe ihres Aufschwungs, in: Berliner Debatte Initial, 2003 Nr. 3, S. 93–100.

Moscow Bureau for Human Rights <http://antirasizm.ru> (russisch, teilweise englisch)

Moskauer Helsinki Gruppe: www.mhg.ru (russisch, teilweise englisch)